

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pul; amtlich 1 mm 30 Pul und 24 Pul; Kellame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. — Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörsdorf, Bretzig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. F. Förster & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 219

Dienstag, den 18. September 1928

80. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Öffentliche Schulausschuss-Sitzung

am Freitag, den 21. September 1928, nachmittags 6 Uhr im Rathaus.

Tagesordnung: I. Kenntnisnahmen. II. Beratungen und Beschlusfassungen: 1. Wahl des Schulleiters für die nächsten 3 Jahre. 2. Ueberlassung von Schulräumen an Vereine: a) Besuch des Senographenvereins, b) Gabelberger Pulsnitz, c) Besuch des Radfahrer-Klubs „Wöhrn“ Pulsnitz. 3. Einrichtung einer Eisbahn. 4. Milchlieferung in der Volksschule. III. Anträge und Entwürfe (schriftlich einzureichen bis 21. September 1928 mittags 12 Uhr).

Pulsnitz, am 17. September 1928. Bürgermeister **Kannegießer**, Vor.

Mittwoch, den 19. September 1928, vormittags 11 Uhr, sollen im Gasthaus zum Bürgergarten, Pulsnitz, zwangsweise gegen Verzählung

2 Hobelbänke — 105 Einkaufsentel ohne Bügel

meißelnd öffentlich versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz, den 18. September 1928.

Anmeldungen zu den Volkklassen der Berufsschule Pulsnitz.

Die in den Jahren 1913, 14 und 15 geborenen Mädchen sind berufsschulpflichtig, soweit sie nicht nach Verlassen der Volksschule höhere Schulen oder solche Privatschulen besuchen, deren Unterricht vom Pflichtbesuch der Berufsschule befreit, oder ihrer Fortbildungspflicht bereits genügt haben.

Für Mädchen sind in unserer Berufsschule B Klassen mit je 20 Wochenstunden im ersten und zweiten Jahre gebildet, die hauswirtschaftliche Bildung und Allgemeinbildung zum Ziele haben.

Anmeldungen werden für diese Klassen **Donnerstag, den 20. September**, abends zwischen 5—7 Uhr, und **Montag, den 24. September**, um dieselbe Zeit im Schulleiter-Zimmer der Berufsschule entgegengenommen. Spätere Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden. Persönliche Vorstellung der Schülerinnen ist erwünscht.

Pulsnitz, am 17. 9. 1928.

R ö b e r.

Das Wichtigste

Bei dem Tornado über Mittelamerika sollen 1000 Personen umgekommen sein.

Der Taisun, der in Schanghai großen Schaden angerichtet hat, hat nunmehr auch die japanische Küste erreicht. Mehrere Häfen sind für den Verkehr gesperrt. Die telegraphische Verbindung ist unterbrochen.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist über Kamtschatka ein Taisun nebergegangen der aus Japan kam. Die Stadt Alexandrowsk hat erheblich gelitten. Der Vuchlun sing dauend S. O. S. A. auf. Im Taisun sind etwa 30 Schiffe umgekommen. Freitager v. Hünefeld hat heute früh 1 52 Uhr seinen seit längerer Zeit geplanten Ausflug mit dem ihm gehörigen Junkersflugzeug Typ W 3311 „Europa“, dem Schwester Schiff der „Bremen“ angetreten.

Was brachte uns Genf?

Die geheimnisvollen Sechsmächte-Besprechungen in Genf sind vorüber. Wer ein Ergebnis erwartet hatte, hat sich getäuscht. Eigentlich sind die ganzen Besprechungen ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Die für uns brennendste Frage: Wird das Rheinland geräumt? kann uns heute noch niemand beantworten, am allerwenigsten sagt es uns der Schlussbericht, der nach Beendigung der Sonntagskonferenz ausgegeben wurde. Communiqué nennt man so einen Bericht, und was ist er? Nichts als ein Herumgehen um den heißen Brei und ein Ausweichen vor präzisen, klaren Feststellungen. Der Schlussbericht der Sechsmächte-Konferenz ist so gefasst, daß man aus ihm herauslesen kann, was man will, und hineinlegen kann, was man darin gern finden möchte. Das ganze nennt man Diplomatie, von der der gewöhnliche Sterbliche bekanntlich nichts versteht und im übrigen nichts davon verstehen soll, denn Diplomaten legen sich nicht gerne fest.

Wirden uns also nur Deutungen des Schlusberichts übrig. Von vornherein sei gesagt, daß allzu großer Optimismus aus all den Erklärungen nicht spricht. Man hat eigentlich den Eindruck, als seien die ganzen Besprechungen von der Frage der Rheinlandräumung auf die Behandlung des Reparationsproblems abgelenkt worden. Das allein läßt schon nichts Gutes erwarten. Gewiß, wir haben großes Interesse an der endgültigen Regelung der Reparationsfrage, aber warum es uns jetzt in Genf ging, das war die Frage der Rheinlandräumung. Eine jede Delegation legt sich die Genfer Geheimverhandlungen nach ihrem Geschmack aus. Der deutsche Standpunkt lautet etwa so: Es ist erfreulich, daß die Rheinlandfrage zum erstenmal offiziell mit den Besatzungsmächten behandelt werden soll, aber es ist bedauerlich, daß die gerechte Formel des deutschen Volkes auf die Gesamträumung von der gegnerischen Seite nicht anerkannt worden ist. Frankreich besteht auf Einsetzung einer logenanannten „Feststellungs- und Vergleichskommission“, die bis in die Ewigkeit bestehen soll. Dagegen will Deutschland um keinen Preis die Fortführung dieser Kontrollkommission über das Jahr 1935, in dem ja sowieso laut Versailles das Rheinland geräumt werden müsse, aufgeben. Die Regelung der Reparationsfrage wird auf deutscher Seite begrüßt, und eine Kommission von Sachverständigen, möglichst unter Mitwirkung eines amerikanischen Beobachters, soll die endgültige Lösung des Reparationsproblems vorbereiten. Man hat sich scheinbar in Genf bereits in süße Träume eingelullt, in denen man die völlige Liquidierung dieser unangenehmen Kriegserbschaft sieht.

Die Auslegung der Genfer Beschlüsse fängt in Frankreich bei der letzten, d. h. bei der Reparationsfrage an.

Der Reichskanzler berichtet Stresemann

Besprechungen über die durch die Genfer Verhandlungen geschaffene Lage
Die englische Presse zu den Genfer Besprechungen — De Brouckère über die Rheinlandräumung
Amerika hält an seinem Standpunkt fest

Baden-Baden. Reichskanzler Müller ist in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Pünder und des Reichspressesprechers Ministerialdirektor Dr. Zschlitz, von Genf kommend, am Montag vormittag in Baden-Baden eingetroffen. Der Reichskanzler fuhr sofort bei dem Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, vor, mit dem er eine längere Besprechung über die durch den Gang der Genfer Verhandlungen geschaffene Lage hatte. Der Reichskanzler hat Baden-Baden in den Abendstunden des Montag wieder verlassen und sich nach Berlin begeben.

Der Eindruck des Genfer Ergebnisses in Berlin.

In Berliner politischen Kreisen zeigt man angesichts des Ausgangs der Genfer Verhandlungen eine gewisse Enttäuschung. Ueber die sachliche Ergebnislosigkeit der Verhandlungen kann auch die in den Berichten aus Genf als Aktium verbuchte Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß die erstmalige offizielle Behandlung der Rheinlandfrage und die grundsätzliche Anerkennung des deutschen Räumungsanspruches durch die Besatzungsmächte ein großer Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand ist. Die feste Haltung der deutschen Delegation in den wichtigsten deutschen Belangen wird durchaus anerkannt.

Die Weiterbehandlung der in Genf angeschnittenen Probleme

durch die hauptstädtischen Kabinette betrifft, so sieht man dieser in politischen Kreisen Berlins mit Skepsis entgegen. An der Bereitwilligkeit Deutschlands, das Reparationsproblem endgültig zu lösen, wird es nicht fehlen. Fraglich aber ist, ob die Verhandlungen darüber schnell genug zu einem Ergebnis führen können, um die gegenwärtigen finanziellen Bedürfnisse Frankreichs und damit auch die Ansprüche der übrigen Reparationsgläubiger zu befriedigen. Alles in allem läßt sich der Eindruck in Berlin dahin zusammenfassen, daß die in Genf angeschnittenen Probleme sachlich nicht um einen Schritt vorwärts gebracht worden sind. Frankreich und die übrigen Besatzungsmächte sind nicht geneigt, den deutschen Anspruch auf Gesamträumung des besetzten Gebietes als eine selbstverständliche Folge der Locarnoabmachungen, der Politik der Verständigung und des Kelloggpatentes anzuerkennen.

Polen hat uns gerade noch gefehlt.

Genf. Der polnische Außenminister Galeski erklärte polnischen Pressevertretern, er habe alle Veranlassung, anzunehmen, daß in den kommenden diplomatischen Verhandlungen über die Räumung des Rheinlandes und über die Einsetzung der Feststellungs- und Vergleichskommission auch die Belange Polens mit berücksichtigt werden. Zu dieser Erklärung wird von polnischer Seite hinzugefügt, daß gegenwärtig die Arbeit bestehe, die Vergleichs- und Feststellungskommission in der Richtung auszubauen, daß sie auch für Streitfälle zwischen Deutschland und Polen sowie in allen Fragen, die die deutschen Ostgrenzen betreffen, zuständig sein würde.

Die deutsche Delegation hat in den Genfer Verhandlungen eine derartige Bindung niemals angenommen. Es

scheint aber erforderlich zu sein, daß jetzt nachgeprüft wird, inwiefern die Erklärungen des polnischen Außenministers über die Einbeziehung Polens in die Rheinlandverhandlungen eine Berechtigung haben.

Die englische Presse zu den Genfer Besprechungen

London, 18. September. Die Genfer Einigung über die Grundlagen, auf denen in Zukunft Verhandlungen über Rheinlandräumung und Regelung der Reparationsfrage stattfinden sollen, wird in Londoner amtlichen Kreisen mit Genehmigung begrüßt. Man sieht in der Einigung einen wesentlichen Schritt nach vorwärts. Die sachlichen Schwierigkeiten, die einer späteren Endregelung entgegenstehen, werden in amtlichen Kreisen mit in den Vordergrund geschoben, da man der Ansicht ist, daß nun alles darauf ankomme, daß überhaupt Verhandlungen in Gang kämen. Weniger befriedigt ist man dagegen in politischen Kreisen, wo man die Uebereinkunft nicht als restlos befriedigt ansieht. Die Verquickung von Räumung und Reparationsfrage ist an sich stets als dem Endergebnis wünschenswert angesehen worden, aber man verkennt keineswegs, daß hierdurch die Schwierigkeiten noch wesentlich erhöht würden. Der konservative „Evening Standard“ ist der Ansicht, daß die Genfer Uebereinkunft als ein befriedigender Fortschritt angesehen werden müsse, wenn man sich die großen Unterschiede zwischen den deutschen Erwartungen und dem, was die Franzosen zuzugehen bereit waren, vergegenwärtige. Der liberale „Tag“ beruft sich auf eine Veröffentlichung der konservativen Zeitschrift „Spectator“, in der die bedingungslose und sofortige Räumung des Rheinlandes als die einzige ehrenwerte Politik bezeichnet worden war. Der „Star“ findet es bedauerlich, daß England Frankreich in seinem Triumph der Beharrlichkeit unterstütze. Die öffentliche Meinung Groß-Britanniens stimme hiermit nicht überein.

De Brouckère über die Rheinlandräumung

Brüssel, 18. September. Im „Peuple“ erklärt De Brouckère, daß die in Genf angeknüpften Besprechungen über die Rheinlandräumung sehr langwierig und verwickelt sein würden und als Ergebnis die Unmöglichkeit beweisen würden, eine Verständigung zwischen den Völkern herbeizuführen. De Brouckère befürchtet, daß der Kleinmut der Staatsmänner die Gelegenheit verpassen lasse, den Frieden zu festigen.

Amerika hält an seinem Standpunkt fest

Newyork, 17. September. Zu den Genfer Besprechungen erklärt das Staatsdepartement, daß Staatssekretär Kellogg auch weiterhin mit allem Nachdruck den Standpunkt vertrete, daß die Schulden an Amerika und die deutschen

